



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/89

18. April 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Europäischer Ministerrat und Saarfrage	S.1
Russlands Fünfjahresplan zum Teil bereits erfüllt	S.3
Die SPD und der Antisemitismus	S.5
Frau Elfriede Penther - Glosse zur Propaganda-Aktion der "Nationalen Front"	S.6
Reklame-Preissenkungen der HO	S.7

Europäischer Ministerrat und Saarfrage

Von Dr. Gerhart Lütkens, M.d.B.

Durch die Form der Einladungen, welche der Ministerrat des Europarats gleichzeitig an die Bundesrepublik und an das Saargebiet erlassen hat, hat die Saarfrage eine Verschärfung erfahren. Der Beschluss des Ministerrats ist wesentlich unbefriedigender ausgefallen, als man befürchten musste. Im November vorigen Jahres hatte dieser Ministerrat, als er sich mit dem Eintritt Deutschlands beschäftigte, zum Ausdruck gebracht, das Saargebiet solle auch eingeladen werden, um der Saarbevölkerung die Möglichkeit zu geben, am Aufbau Europas mitzuwirken "bis das Statut des Saargebietes im Friedensvertrag bestätigt sei". Damit wurde wenigstens noch zum Ausdruck gebracht, dass über das endgültige politische Schicksal der Saarbevölkerung der Friedensvertrag entscheiden sollte, was dann nur unter Mitwirkung Deutschlands geschehen könnte.

Auf die Sicherung dieser letzten Möglichkeit im Friedensvertrag hatte sich die Politik Dr. Adenauers seit langem eingestellt.

Nach dem jetzigen Beschluss der 14 am Strassburger Ministerrat beteiligten europäischen Staaten ist von dieser Möglichkeit keine

Rede mehr. Von Island bis zur Türkei haben sie eine Einladung an

das Saargebiet ohne solchen Vorbehalt beschlossen. Es liegen unmissverständliche Äusserungen französischer Politiker vor, dass die

Aufnahme des Saargebiets ein endgültiger Schritt sei. Die sehr zähe Politik der französischen Diplomaten, die seit 1947 darauf ausgeht,

eine definitive Regelung zu schaffen, hat einen Sieg der vollendeten Tatsachen errungen. Sie hat die doppelte Bedeutung des französischen

Wortes "statut" ausgenutzt, das als Status und als Statut gedeutet werden kann. Nach der jetzigen Einladung des Saargebiets nach Strassburg

wird sein Status als unabhängige Gebietskörperschaft innerhalb Europas von den Mitgliedstaaten des Europarats endgültig anerkannt. Die

auf einem anderen Geleise, nämlich durch Briefe an Dr. Adenauer gegebenen Zusagen Frankreichs und Grossbritanniens, die endgültige Rege-

lung sei dem Friedensvertrag vorbehalten, können nur noch dahin verstanden werden, dass das 1947 dem Saargebiet auferlegte Statut, näm-

lich die sogenannte Verfassung, im Friedensvertrag noch einmal einer Prüfung unterzogen werden solle. An der Stellung gegenüber dem Europarat soll das aber anscheinend nichts mehr ändern.

Dieser zutiefst anti-europäische Beschluss kann nur als ein Spross aus einem engstirnigen Nationalismus betrachtet werden. Man

versucht, den Gang nach Strassburg für die Bundesrepublik zu einem Canossa zu machen. Der Strassburger Beschluss ist überdies ein Schlag

gegen die demokratische Struktur des Europarats. Im Saargebiet herrschen zweifellos keine demokratischen Verhältnisse. Das hat neuerdings

wieder das Maulkorbgesetz der sogenannten Regierung Hoffmann gezeigt. Ebenso offensichtlich undemokratisch ist die Verfassung des Saarge-

bietes nicht einer freien und echten Willensäusserung der Bevölkerung entsprungen. Der Ministerrat von Strassburg hat sich bedenken-

los über das in der Satzung selbst liegende Hemmnis für die Aufnahme des Saargebiets hinweggesetzt.

Zu der französischen Politik der vollendeten Tatsachen haben sich die in Strassburg vertretenen europäischen Länder in gewisser Weise

positiv verhalten. Aber mit keinem Wort haben die beiden Weltmächte, nämlich die USA oder die Sowjetunion, Zustimmung oder Billigung zu er-

kennen gegeben. Bekanntlich ist niemals, auch nicht auf der Moskauer Konferenz von 1947, ein Abkommen über die politische Abtrennung

des Saargebietes von Deutschland zustande gekommen. Da französische Stellen manchmal das Gegenteil behaupten, werden wir demnächst da-

zu ein dokumentarisches Beweisstück veröffentlichen. Das im Augenblick Interessierende aber ist, dass sich in den zwei letzten Wo-

chen die amerikanischen Regierungsstellen jeder Äusserung zur Saar überhaupt enthalten haben.

Hiermit soll nicht mehr gesagt sein, als dass das beflissene Getue der europäischen Mittelstaaten um Strassburg und um die Saar einigermassen komisch wirkt, wenn man an die grösseren Zusammenhänge denkt. Über die Zukunft und über die Einheit Deutschlands wird, ohne dass wir viel mehr tun könnten, als still abzuwarten, im Spiel der Weltpolitik entschieden. Wir Deutschen können keinen schwereren Fehler begehen, als vorwitzig unseren Finger in die Maschine zu stecken. Strassburg ist an sich ein erhebendes Symbol; es könnte, wenn recht betreut, den Weg zu einer besseren Zukunft in Europa bahnen helfen. Aber wenn es der Ort kleiner europäisch-antieuropäischer Interessentenpolitik wird, dann wird es besser für uns sein, wir wären nicht dabei.

- o - o -

Russlands Fünfjahresplan zum Teil bereits erfüllt

A.W. Der erste Nachkriegsfünfjahresplan der Sowjetunion geht in diesem Jahre zu Ende. Seit Januar 1948 setzte eine starke Propaganda ein, ihn schon in vier Jahren zu erfüllen. Auf einigen Gebieten ist das erreicht worden. Nur wenige Industrien werden das Soll bis zum Jahresende nicht erreichen. Im grossen kann festgestellt werden, dass der Plan im Laufe des Sommers erfüllt und zum Teil übertroffen wird.

Genaue Produktionszahlen werden von der SU nicht veröffentlicht, sondern nur Prozentzahlen zum Plansoll. Die Sollzahlen des Gesamtplans sind bekannt. Die jährlichen Meldungen über die Prozentzahlen in Verbindung mit gelegentlichen Produktionszahlen in der Sowjetpresse ermöglichen es dem jahrelangen Beobachter, den jetzt erreichten Stand zu errechnen. Danach ergeben sich folgende Daten:

Schwerindustrie

Die Eisenerzförderung beträgt zur Zeit 39 Mill. t im Jahr, die Produktion von Eisen 19 Mill. t, die von Stahl 24 Mill. t und die Walzeisenherstellung 13 Mill. t. (USA 1946: 66 Mill. t, Rekord während des Krieges 81 Mill. t.) Die Kokserzeugung hat 25 Mill. t überschritten. Hierzu wurden während der Laufzeit dieses Planes 43 Hochöfen mit einer Gesamterzeugung von etwa 12 Mill. t, 150 Siemens-Martin-Öfen, 15 Bessemerbirnen und 80 zum Teil ganz geschweisste elektrische Hochöfen mit einer Gesamt-Produktion von 15 Mill. t Stahl, Walz-

werke mit einem Gesamt-Ausstoss von 10 Mill. t und 60 Koksblöcken mit einer Gesamt-Erzeugung von 19 Mill. t neugebaut bzw. wieder hergestellt.

Die Förderung von Kupfer ist während dieser Planzeit um das Doppelte gestiegen. Die Jahresproduktion beträgt zur Zeit etwa 150 000 t. Weltproduktion 1943 = 2,79 Mill. t. Die jährliche Aluminiumproduktion hat 100.000 t überschritten (USA 1943 469.000 t). An Reinnickel werden 40.000 t produziert. Die Zinkproduktion, die sich planmässig auf 200.000 t steigern soll, wird dieses Ziel kaum erreichen, da sie zur Zeit - auch nach amerikanischen Schätzungen - 150.000 t beträgt. Günstiger ist es beim Eisen, von dem jetzt 180.000 t bei einem Soll von 200.000 t produziert werden.

Die Gesamtförderung an Kohle beträgt zur Zeit etwa 230 Mill. t. W. steuropa fördert zur Zeit mehr als 400 Mill. t jährlich. Davon werden 50 Mill. t zur Verkokung (das Bundesgebiet allein 24 Mill. t 1949) verwandt. Während der bisherigen Planzeit wurden Kohlenbergwerke mit einer Kapazität von über 170 Mill. t neu bzw. wieder in Betrieb genommen. 150 Mill. t Kohle müssen jährlich aufbereitet werden. Es handelt sich dabei um Kohle, die für die Verkokung einen Aschegehalt von mehr als sieben Prozent und für die Kraftgewinnung von mehr als 10 Prozent aufweist. Die Aufbereitung erfolgt durch Sieben oder durch Verarbeitung zu Briketts. Das soll vollkommen mechanisiert worden sein. Die Produktion von Kohlebriketts beträgt über sieben Mill. t. Ein besonderes Verfahren wurde entwickelt, um schwer abzubauen Kohlenbestände in der Erde zu vergasen. Durch Kohleverflüssigung sollen jährlich 500.000 t flüssiger Brennstoff gewonnen werden.

In der Erdölindustrie kann man mit einer Jahresproduktion von 33 Mill. t rechnen. Das entspricht etwa acht Prozent der Welterzeugung. Die USA verbrauchen allein ungefähr neunmal soviel. Der Schwerpunkt in der Ausbeute neuer Vorkommen hat sich in den Raum des "zweiten Baku" südlich des Ural und östwärts der Wolga verlegt, sowie in die ehemals polnischen Gebiete der Westukraine. Vier grosse Ölraffinerien wurden neu gebaut, die vor allem Fliegerbenzin mit hohem Oktangehalt herstellen.

T e x t i l - u n d L e d e r i n d u s t r i e

Die gegenwärtigen Produktionsziffern betragen: Baumwollstoffe 4,5 Mrd. m, Wollstoffe 140 Mill. m, Lederschuhwerk 200 Mill. Paar (was also bedeutet, dass jeder Sowjetbürger im Jahr ein Paar neue Schuhe erhalten kann), Gummischuhe 50 Mill. Paar und Strümpfe und Socken 550

Mill. Paar. Der Ausbau der Baumwollindustrie in Sibirien und Zentralasien, der schon vor dem Kriege in Angriff genommen war, wurde in verstärktem Masse fortgesetzt.

Landwirtschaft

Obwohl der Plan für die Erzeugung in der Landwirtschaft wegen der Missernten in den ersten Nachkriegsjahren nicht erfüllt werden

konnte, ist es doch wahrscheinlich, dass bei einer guten diesjährigen Ernte das Plansoll erreicht wird. Die letzte Ernte betrug 124 Mill. t

Getreide (der Plan fordert für dieses Jahr 127 Mill. t), 20 Mill. t Zuckerrüben, 3 Mill. t Rohbaumwolle, 0,8 Mill. t Flachsfasern, 3 Mill.

t Sonnenblumenkerne. Das bedeutet zum Teil eine Steigerung von 20 Prozent gegenüber 1940 (bei Getreide von sieben Prozent).

- o - o -

Die SPD und der Antisemitismus

sp. In seiner Auseinandersetzung mit Dr. Schlange-Schönningen behauptet der Herausgeber der "Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland", Karl Marx, u.a.: "Antisemitismus ist von ehemaligem Feind verboten worden, so sagt die Volkstimme. Unsere Politiker haben dazu offiziell, zumindest bis zum Dezember 1945 keine Stellung genommen, so denkt das Volk weiter".

Diese dem Volk zugeschobene Denkweise über das Verhalten der Politiker trifft nicht zu. Seit Dezember 1946 hat Dr. Kurt Schumacher die Haltung der SPD zum Antisemitismus und zur Judenfrage bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck gebracht. Die meisten dieser Erklärungen sind über die in Deutschland arbeitenden Nachrichtenagenturen gegangen und dürften daher auch der "Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland" zugänglich gewesen sein. Zur Steigerung der Wahrheit wiederholen wir einige der wichtigsten Aussprüche Dr. Schumachers zur Judenfrage:

Dezember 1946: "Ich bin sehr darüber beunruhigt, dass nach dem Kriege noch nicht mehr Juden nach Deutschland zurückgekehrt sind".
"Für die meisten Deutschen hat es eine Judenfrage nicht gegeben".

Februar 1947: "Die politisch und rassisch Verfolgten können auf die Unterstützung der SPD in der Frage einer gerechten Wiedergutmachung rechnen".

Juli 1947: "Die SPD ist der unerbittliche Feind des Antisemitismus. Von ganzem Herzen verabscheut sie die unmenschlichen Verbrechen, die von den braunen Terroristen gegen die Juden begangen wurden."

Oktober 1947: "Die deutschen Sozialisten fordern höchste Strafen für an Juden begangene Verbrechen. Sie fordern, dass der Antisemitismus an sich als ein schweres Verbrechen erklärt werde".

Oktober 1947: "Es ist die Pflicht aller Deutschen, den den Juden zugefügten Schaden zu vergüten, um dadurch den Druck loszuwerden, der das Gewissen jedes Deutschen belasten muss."

Dezember 1949, in der Antwort auf Adenauers Regierungserklärung:
 "Zu matt und zu schwach ist gewesen, was gestern die Regierungserklärung über die J u d e n und über deren furchtbare Tragödie im Dritten Reich gesagt hat. Resignierte Feststellungen und der Ton des Bedauerns helfen hier nichts. Es ist nicht nur die Pflicht der internationalen Sozialisten, sondern es ist die Pflicht jedes deutschen Patrioten, das Geschick der deutschen und der europäischen Juden in den Vordergrund zu stellen und die Hilfe zu bieten, die dort notwendig ist. Antisemitismus ist das Nichtwissen von den grossen Beiträgen der deutschen Juden zur deutschen Wirtschaft, zum deutschen Geistesleben und zur deutschen Kultur und bei der Erkämpfung der deutschen Freiheit und der deutschen Demokratie. Das deutsche Volk stünde heute besser da, wenn es diese Kräfte des jüdischen Geistes und der jüdischen Wirtschaftspotenz bei dem Aufbau eines neuen Deutschland in seinen Reihen haben würde."

- o - o -

Frau Elfriede Penther

sp. Frau (oder Fräulein?) Elfriede Penther, Berlin W 8, Taubenstr. 53, muss über unheimlich viel Geld verfügen; soviel, dass sie

tagein tagaus ein 200 g schweres Päckchen an Hunderte von Redaktionen, Tausende von Büros und Hunderttausende von Privatleuten im

Westen schicken kann. Allein das Porto für ein solches Päckchen kostet 48 Pfennig, zwar nur Ost-Pfennig, aber nach der ost-amtlichen

Version ist Ost gleich West.

Was bewegt Frau oder Fräulein Penther so sehr, dass sie der ostzonalen Post täglich Tausende von D-Mark zukommen lässt? Frau Penther

ist, es lässt sich nicht verheimlichen, politisch interessiert und sie ist als deutsche Patriotin um die Entwicklung in Westdeutschland

besorgt. So besorgt, dass sie keine Mühe und Kosten scheut, die westdeutsche Öffentlichkeit täglich mit einigen Tonnen Broschüren,

Flugschriften, Zeitungen usw. darüber aufzuklären: a) wie wunderbar es in der Ostzone aufwärts geht, b) wie schnell westdeutschland in

den Armen des monopolkapitalistischen Amerikaners Marshall dem Verderben entgegenrast. Fünf solcher Postsendungen wiegen ein Kilo und,

wenn wir recht informiert sind, gehen täglich Hunderttausende solcher Sendungen nach dem Westen. Wer mit 200 g täglich nicht auskommt, kann

nachbestellen. Jeder Sendung liegt ein Handzettel bei, auf dem zu lesen steht: "Falls für . . . weiterer Bedarf vorliegt, bitten wir

um Anforderung. Die Belieferung erfolgt kostenlos".

Das ist ein Wink des Schicksals. In den Westzonen wird das Rotationspapier knapp, wie heute in den Zeitungen zu lesen steht. Wir

bitten daher alle unsere Leser, an Frau Elfriede Panther, Berlin W 8, Taubenstr.53, um Nachsendung, oder, falls noch nicht geschehen, um

Einbeziehung in den Abnehmerkreis zu schreiben. In Westdeutschland werden für 100 kg Altpapier vier gute D-Mark bezahlt. Wer also viel

und oft nachbestellt, kann sich ein kleines, steuerfreies Nebeneinkommen sicher. Er braucht um Frau Panthers Finanzen nicht besorgt zu

sein, denn sie sitzt in Berlin W.8, Taubenstr.53 in einem Haus, dem unbeschränkte Mittel unkontrolliert zur Verfügung stehen. Frau Panther

wird ausserdem dankbar sein, denn sie hat sicher ein hohes Soll an Aufklärung vorgeschrieben.

Reklame-Preissenkung der HO

sp. Ende März kündigte die SED-Presse eine Senkung der ostzonalen HO-Preise an. Diese neuerliche Preissenkung wurde als Beweis für den steigenden Wert der Ostmark und die Besserung der Lebensbedingungen in der Zone interpretiert. Schon ein Vergleich der HO-Preise nach der Preissenkung selbst mit den westdeutschen Preisen der "freien Marktwirtschaft" enthüllt den propagandistischen Charakter der kommunistischen Behauptungen und beweist die Ausbeutungsmethoden der staatskapitalistischen Handelsorganisation.

Der Preis für ein Pfund Speiseöl wird durch die Preissenkung von 22.-- DM Ost auf 13.-- DM reduziert. Das Pfund Schweinefleisch kostet jetzt 19.--, bisher 25.--, Margarine 9.-- (18.--), ein Ei 1.20 (2.--), ein Kindertrainingsanzug 70.-- (100.--), ein Herrensporthemd 45.-- (70.--), ein Damenkleid aus Zellwolle 84.-- (98.--), Damenstrümpfe schlechter Qualität 11.-- (15.--), ein Fahrrad 390.-- (690.--) DM Ost. Die Preissenkungen sind im Grunde unwesentlich, weil die Massen der arbeitenden Bevölkerung sie auch in Zukunft nicht bezahlen können. Wenn trotzdem die HO einen höheren Umsatz erzielen wird, dann spricht das für die schlechte Versorgung und zum Teil auch für den Hunger, der die Menschen zu Einkäufen in der HO zwingt.

Aus der Ostzonenpresse erfährt man, dass die Voraussetzung dieser Preissenkung eine "Verbreiterung der Aktivistenbewegung" war. Die wahren Hintergründe sind, dass sich die schwindende Kaufkraft der Sowjetzonenbevölkerung in den zurückgehenden Einnahmeziffern der HO bemerkbar machte. Das Ausbleiben der Sollzahlen wirkte sich besonders in Zahlungsschwierigkeiten der Sowjetischen Kontrollkommission (SEK) aus, an die der wesentlichste Teil der horrenden Gewinne der HO abgeführt werden muss. Die Wirtschaftsverwaltung der SEK war seit langem nicht in der Lage, die Rechnungen für Befehlsbauten und -Aufträge zu begleichen.

Neben dem Wunsch, die versiegende Quelle wieder zum Fließen zu bringen, spielte bei der Wahl des Zeitpunktes die Absicht eine Rolle, der Ostzonenbevölkerung wieder neues Vertrauen in die Ostmark zu geben, das gerade in den letzten Wochen sehr stark geschwunden war und zu einem Absinken des Ostmarkkurses von 9 : 1 gegenüber der Westmark geführt hat.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt